

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 27. August 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verläufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 99.

Bestellungen auf den „Korrespondent“ müssen monatlich oder vierteljährlich so zeitig bewerkstelligt werden, daß eine Verzögerung in der Auslieferung durch die Post unmöglich wird.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes betreffend Sperrung der Vereinigten Buch- und Kunstdruckwerke in Berlin.
Artikel: Marginalien, VI. — Arbeitslosigkeit und überflunden.
Korrespondenzen: Berlin. — Braunschweig. — Heilbronn. — Offenbach a. M. — Birmansfeld.
Rundschau: Ferienverweigerung. — Ein „tüchtiger“ Zeitgenosse. — Die ärztliche Frauenerziehung. — Verschärfte Zensur für Kinoplakate in Preußen. — Eine Gewerkschaftsbank. — Nachrichten zum Hochwasser. — Verunsicherung. — Die Wirkung der Konkurrenzklause. — Terrorismus der Unternehmer gegen Arbeitswillige. — Unternehmerinteressen und Feiertagsbeibehaltung. — Der Arbeitsmarkt.
Abrechnung des Verbandskassiers und Protokollauszug aus den Vorstandssitzungen im ersten Quartale 1912.

Bekanntmachung.

Die Vereinigten Buch- und Kunstdruckwerke G. m. b. H. in Berlin sind aus der Liste der tariftreuen Firmen gestrichen und dadurch für Verbandsmitglieder wie für tariftreue Gehilfen überhaupt gesperrt.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Marginalien.

VI.

Durch den Stuttgarter Kongress bedingt, haben sich die beiden Schlussartikel verzögert. Wir werden die „Marginalien“ nun mit Ende dieser Woche abschließen. Die im Rahmen dieser Artikelserie schon behandelte Stereotypen- und Galvano-Plastikangelegenheit wird jedenfalls zwischendurch eine nochmalige, aber besondere Behandlung finden.

Neuerdings hat die „Zeitschrift“ (Nr. 63) einmal wieder Stellung gegen die arbeitgeberverbändlerischen Mißherrschaften genommen. Anlaß bot ihr der Fonds für besondere Zwecke, der in einem falschen Lichte betrachtet werden soll. Der Beschluß von Breslau zur Schaffung eines solchen habe in weiten Kreisen Aufmerksamkeit und Interesse erregt, und zwar innerhalb wie außerhalb des Gewerbes. Dann heißt es im speziellen: Im Buchdruckgewerbe hätte dieser Entschluß wohl hier und da als etwas Neues oder Ungewohntes überrascht, aber nirgends sei er als etwas Ungewöhnliches oder gar als etwas die Tarifgemeinschaft Gefährdendes angesehen worden. In Prinzipalkreisen vermochten einige gegenläufige Ansichten finanzieller Natur keine Rolle zu spielen. Die Beitragsleistung wurde, soweit sich übersehen lasse, überall als eine selbstverständliche Sache betrachtet.

Wir lassen es dahingestellt, ob in den Reihen der Prinzipalität der besondere Fonds die Zustimmung gefunden hat, die ihm in Breslau ja wohl in fast uneingeschränktem Maße geworden ist. Nach dem, was wir vernommen, hat es mit den vom Arbeitgeberverbandsorgane verbreiteten Austrittsmeldungen seine Richtigkeit. Als Ursache dazu sind aber nicht nur finanzielle Gründe an-

zusehen, sondern es sind auch prinzipielle Einwände geltend gemacht worden. Wir stehen auch heute noch auf dem Standpunkte, daß, wie in Nr. 77 bereits gesagt, die ganze Sache einem gewagten Experimente gleich. Dieser dem Deutschen Buchdruckervereine durch die neuere Strömung aufgedrängte, weder aus innerer Notwendigkeit geborene noch allgemein von innerster Überzeugung getragene Breslauer Beschluß wird noch mancherlei Kopfschmerzen zur Folge haben. In der Öffentlichkeit wie im Gewerbe selbst hat er nicht nur Aufmerksamkeit und Interesse erregt, wie die „Zeitschrift“ sagt, sondern etwas mehr, nämlich nicht geringes Aufsehen. Das ist logisch auch ganz erklärlich. Hat man doch jahrelang wesentlich andre Verlautbarungen über die in unserm Gewerbe vorherrschenden Anschauungen und Tendenzen gehört. Wenn irgendwo ein Wettersturz eintritt, pflegt man nicht von Aufmerksamkeit und Interesse zu sprechen. Das ist vielmehr eine Überraschung, die sich entsprechend widerspiegelt. Also auch hier.

Die Aufnahme des besonderen Fonds bei der Gehilfenschaft illustriert die „Zeitschrift“ folgendermaßen:

In den Gehilfenkreisen rechnet man wohl mit der Möglichkeit, daß sich die Fondsidee auch einmal gegen die Gehilfensorganisation oder gegen bestimmte Gehilfenforderungen und Bestrebungen richten könne, und hier und da, wie auch in den sozialdemokratischen Blättern, hat man dem in etwas drastischer Weise Ausdruck gegeben. Aber die leitenden Kreise der Gehilfenschaft scheinen die Sache mit Ruhe und in der objektiven Erwägung aufgenommen zu haben, daß man dem einen Partner in der Tarifgemeinschaft, der Prinzipalschaft, nicht verübeln könne, was man selber tut.

Gätten wir nicht schon im dritten Artikel von „Wo stehen wir?“ (Nr. 77) zum Ausdruck gebracht, wie darüber, daß „im Deutschen Buchdruckerverein endlich einmal eine Tat geschehen ist“ (Hamburger Versammlungsbericht in Nr. 64 der „Zeitschrift“), vom Gehilfenstandpunkt zu denken ist und in der Gehilfenschaft auch tatsächlich gedacht wird, es möchte jetzt geschehen. So aber kann — einige ekaltierte Auslassungen und vorläufige Stellungnahmen berühren das Ganze nicht — nur gesagt werden, daß nicht die Fondsidee, sondern der besondere Fonds als solcher als gegen die Gehilfenforderungen insgesamt gerichtet angesehen wird. Diesen Zweck der Übung haben doch einige Prinzipalsversammlungen vor der Breslauer Tagung deutlich genug zu erkennen gegeben.

Wenn die „Zeitschrift“ im weiteren sagt, die leitenden Kreise der Gehilfenschaft scheinen die Sache mit Ruhe aufgenommen zu haben, so ist ihr in diesem Punkte nicht zu widersprechen, wenn nicht Ruhe in diesem Fall als Gleichgültigkeit gedeutet wird. Es wäre eine arge Täuschung, wollte man daraus, daß es der Gehilfenleitung in solchen Situationen noch immer gelingen ist, bei der Mitgliedermasse die Besonnenheit Oberhand behalten zu lassen, Schlüsse ziehen, die auf Wurftigkeit oder völlige Verkenntnis der Zeiterscheinungen hinauslaufen. Das fortgesetzte Steigen des Manometers bei den Prinzipalen erfordert unbedingt erhöhte Aufmerksamkeit von unserer Seite.

Objektiv wird trotzdem alles erwogen, mag es sich um angenehme, der Gehilfenschaft zuzugende Entschlüsse und Maßnahmen der Prinzipale handeln oder um das Gegenteil davon. Die ver-

antwortlichen Stellen bei uns sind erfahrene Männer, keine Stürmer und Dränger, die alles genau prüfen und erwägen und dann erst handeln. Ohne Überhebung kann sogar behauptet werden, daß die Objektivität der Gehilfenleitung für manche Prinzipalskreise ein nachahmenswertes Beispiel gibt. Aber es ist ein Irrtum der „Zeitschrift“, wenn sie, diese Objektivität anerkennend, uns den besonderen Fonds in der Erwägung aufnehmen läßt: „daß man dem einen Partner in der Tarifgemeinschaft, der Prinzipalität, nicht verübeln könne, was man selber tut“. Die Gehilfenschaft — das ist in unser und in der Auffassung der „Zeitschrift“ immer der Verband — hat noch keine Anfälle von Rüstungsfieber gehabt. Das Streben und Bemühen nach gewerkschaftlicher Erziehung, Schulung und Disziplin ist kein Aufrüsten und keine selbstmartyrische Übung, sondern eine organisatorische Selbstverständlichkeit. Aus dem ersten Irrtum der „Zeitschrift“ ergibt sich dann der zweite:

Seit ein paar Jahrzehnten ist man auf Gehilfenseite bemüht, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Organisation für den immerhin möglichen Fall sicher zu stellen, daß in der Tarifgemeinschaft einmal die Dinge keinen glatten Verlauf nehmen, und darin hat noch niemand eine Gefährdung des gewerblichen Friedens erblickt.

Und den von der „Zeitschrift“ als immerhin möglich bezeichneten Fall hat wohl jedes erfahrene Verbandsmitglied, das die gewerblichen Fragen und Dinge nicht mit Dogmen der tatföhlischen Kirche verwechselt, auch schon gedacht. Aber die Organisation der Gehilfen hat noch keine Anstalten gemacht, ihre Finanzkraft aus solchen Erwägungen heraus zu sichern, d. h. zu erhöhen. Seit fast zwanzig Jahren ist der Verbandsbeitrag der gleiche geblieben. Sechzehn Jahre besteht aber erst die jetzige Tarifgemeinschaft, von der doch nur die Rede sein kann. Ob man aber, wenn der Verband sich einen „besonderen Fonds“ angelegt hätte, auf Prinzipalseite dann die Friedensspitze von neuem angebrannt oder mit größerem Behagen geschmaucht hätte, bezweifeln wir denn doch. Und was man selbst nicht über sich gebracht haben würde, das erwarte man doch jetzt, wo auf der anderen Seite damit begonnen ist, was Arbeitgeberverband und auch zuweilen der Gutenbergbund unserer Organisation schon oft angehängt haben, nämlich Beitragserhöhungen zwecks Kriegsrüstung, nicht von der Gehilfenschaft. Auch für uns besteht das Gesetz, daß bestimmte Ursachen bestimmte Wirkungen auslösen. Der Arbeitgeberverband steht sein jahrelanges Bemühen, bei den Prinzipalen für einen „Streifonds“ Stimmung zu machen, jedenfalls zu einem ansehnlichen Teile von Erfolg gekrönt. Sein Organ bekämpft gar keinen Zweifel, daß der besondere Fonds nur in diesem Sinne von den Außenstehenden aufgefaßt wird.

Wenn wir die guten Absichten dieses Artikels, der sich hauptsächlich gegen die eben gedachte Bewertung von jener Seite richtet, auch nicht verkennen, so vermögen uns die euphemistischen Auslassungen der „Zeitschrift“ doch nicht zu überzeugen. Man hat in den letzten Jahren zu viel und zu Mannigfaches von Prinzipalseite erlebt, als daß einige von besserem Empfinden und friedliebenderen Anschauungen diktierte Zeilen unsere engere Welt nur wieder in rosigerem Dicht erscheinen lassen könnten. Ja, wenn es allein um die geräuschvollen Arbeitgeberverbändler sich handeln würde! Die Justiz-

zung mit dem Scharfmacherischen Gift ist doch aber nicht auf die Koppel der Vellos-Tillescher Abstammung beschränkt geblieben. Es ist doch auch kein blinder Zufall, daß in Österreich, das im nächsten Jahr eine Tarifrevision hat, in aller Stille auch so ein „besonderer Fonds“ gegründet worden ist, zu dem die Beitragsentrichtung in gleicher oder sehr ähnlicher Weise erfolgt.

Im Deutschen Buchdruckervereine hat man ja jetzt eine auf der Veier, die früher auch mit dem schärfsten Ohr nicht zu hören waren. Von dem rustikalen Auftreten der Rheinländer-Westfäliger und dem nicht allzusünftlichen Tun anderer Sektierer wollen wir dabei gar nicht reden. Sie sind die Taktschläger! Die Menge glaubt man mit Konzeptionshulzereien beschwichtigen zu können. Der schon erwähnte Bericht über die Hamburger Prinzipalsversammlung vom 27. Juli vermittelt dem Fernstehenden ein weit getreueres Stimmungsbild von der Breslauer Tagung. Wenn den Prinzipalsvertretern im Tarifausschusse dort vorgeworfen sein soll, sie hätten den Gehilfenvertretern gegenüber an Knochenweichung gelitten bei den Tarifverhandlungen, dann ist das Beweis genug, welche schwere Gewitter sich an der Ober entladen haben. Den vielen aber in der Gehilfenschaft, die nach den Tarifverhandlungen über den schlechten Tarif von 1911 so getobt und gewettert haben, zwingt sich nun wohl die Erkenntnis auf, daß ihre Aufregung recht unnötig war. Ein Tarifabschluß, der die Prinzipalität berat in Harnisch bringt, der sie zu einem solch gewagten Mittel wie dem in Frage stehenden greifen ließ, kann unmöglich für die Gehilfenschaft das sein, als was es so vielfach hingestellt worden ist. Die bewauerliche Tatsache, daß die Versammlungen bei uns seit der Tarifeinführung überwiegend schlechten Besuch aufweisen, ist zudem ein schlagender Gegenbeweis gegen die in den letzten Wochen des vergangenen Jahres gezeigte Enttäuschung. Bei den Buchdruckern ist es doch immer so gewesen, daß wenn Unzufriedenheit herrscht, alles zu Haus kommt und seiner Gefühlen recht kräftigen Ausdruck gibt. Es wäre zu wünschen, daß man sich in dieser Parallele die richtigen Schlüsse für die Zukunft zieht.

Nach dieser kleinen und nicht unwillkommenen Extramarginalie zurück zu der „Zeitschrift“ selbst. Wenn jemand die objektive, auf eine Zuspitzung der Verhältnisse wirklich nicht angelegte Haltung der Redaktion des Prinzipalsorgans gern anerkennt, so sind es wir. Die anderen Unternehmerverbandsblätter unterscheiden sich fast ausnahmslos schon in diesem einen Punkte nicht unwesentlich von der „Zeitschrift“. Der es unvergeffen bleiben soll, in welcher entscheidener Weise sie Anfang Mai gegen die Maulwürfe in unserm Gewerbe ausholte, insbesondere gegen den von allen Quertreibern für alle dunklen Pläne und Machinationen gebrauchten und auch verwendbaren Gutenberghund. Aber wie die Redaktion des Prinzipalsorgans deswegen auf der Breslauer Hauptversammlung ins Gedränge kam, obwohl die engere Leitung des Deutschen Buchdruckervereins die gedachte Abweisung der tarifgemeinschaftschädigenden Handlungen des Gutenberghundes gebilligt hatte, so nehmen diejenigen, die in Breslau Stellung gegen die „Zeitschrift“ nahmen, in dieser selbst auch Stellung gegen die Gehilfenschaft, im speziellen wie im allgemeinen. Wir sagten schon vorausgehend, wer die eigentlichen Taktschläger bei den Prinzipalen sind. Sie sind es, die auch den Ton angeben in der „Zeitschrift“. Das heißt, von denen die Scharfmacherischen Klänge im Prinzipalsorgan ausgehen. Man kann doch nicht in Ernst behaupten, daß auch durch das Bestehen des besonderen Fonds sich nichts geändert hat, daß alles schön und gut ist, und für die Gehilfenschaft gar kein Anlaß zu Befürchtungen vorliegt, wenn in der „Zeitschrift“ Artikel erscheinen, die mehr Arbeitswilligenshuf verlangen, mit andern Worten: ein Ausnahmegesetz für die wirklichen Gewerkschaften fordern. Diese auffälligen Erscheinungen wie die veränderte Frontstellung gegen die Gehilfenschaft überhaupt wurden in dem vom „Korr.“ auszüglich wiedergegebenen energischen Abwehrartikel „Nicht scharfmachen!“ (Nr. 91) erfreulicherweise treffend

gezeichnet. Es ist das Verdienst von Dr. Heller, seinem Verfasser, einmal ausgesprochen zu haben, daß in der Gesamtheit der Prinzipalität die Metamorphose zum Schleifstein doch übel bemerkt und zu einem wohl ansehnlichen Teil entschieden verurteilt wird. Wenn Dr. Heller's tapferer Strafpredigt auch in der „Zeitschrift“ bis jetzt noch keine Entgegnung gefunden hat, so ist daraus noch nicht zu schließen, daß diesem freimütigen Warner und Mahner allenthalben Zustimmung zuteil geworden ist. Daß das Organ der Steindruckerbesitzer nach einer Betrachtung über gedachte Scharfmacherischen Artikel und die Hellersche Abweisung derselben den brennenden Wunsch ausspricht, nur die Meinung der „Zeitschrift“ selbst darüber zu vernehmen, ist auch ein Zeichen, daß ein Standpunkt wie der von Dr. Heller nichts weniger als angenehm berührt in den engeren wie den weiteren Kreisen der Unternehmer des graphischen Gewerbes.

In den Reihen der Arbeiterschaft hat Dr. Heller mit seinem Artikel um so mehr Sympathien erweckt. Das „Volksblatt“ für Kassel hat darüber sogar einen Leitartikel gebracht und seiner Verwunderung Ausdruck gegeben, daß das Prinzipalsorgan in unserm Gewerbe jetzt Scharfmachereien wie der Notwendigkeit eines erhöhten Streikbrecherschutzes seine Spalten öffnet. Das Kasseler „Volksblatt“ extrahiert aus Hellers Aufsatz:

Diese bitteren Wahrheiten mögen sich alle offen und verdeckten Gegner der Koalitionsfreiheit eingeräumt hinter den Spiegel stecken, damit sie bei jedem neuen Anfall von Terrorismus toller stets sofort gewahren, wie's vor ihrer Tür ausfiehet, und sie mögen auch mit Bedacht die Parallele betrachten, die Herr Dr. Heller zwischen den arbeitswilligen Nichtorganisierten und den angeblich so terrorismusküßlerischen Organisierten zieht.

Überall sind die Organisierten die Tätigsten, die mit Vorzug Unorganisierten oder Gelsen die Untätigsten. Und deshalb sollte jeder denkfähige Arbeiter aus wohlverstandnem Selbsterhaltungstrieb mit seinem Kollegen Dr. Heller rufen: Nicht scharfmachen! Die Organisationen selbst aber haben aus dem vernünftigen, die Tatsachen gerade würdigen Urteile Dr. Hellers zu lernen, daß sie dem Scharfmacherischen Rufe nach mehr Arbeitswilligenshuf mit allem Nachdruck den Ruf entgegenzustellen haben: Mehr Schutz den Organisationen, Volles, ungehindertes Koalitionsrecht für die Arbeiter und Angehörigen aller Art! Öffentlich schreit die Scharfmacherischen, Nichtschreit nach mehr Arbeitswilligenshuf nicht wieder. Denn Artikel mit solcher Tendenz harmonisieren doch recht schlecht zu den von der „Zeitschrift“ unternommenen Beruhigungsverfuchen über den besonderen Fonds und seine Zwecke.

Wenn die „Zeitschrift“ in Nr. 68 erklärt: „Die Prinzipalsorganisation schafft sich einen Fonds für besondere Zwecke, aber darüber hinaus ist nichts beschlossen worden“, so ist das logisch nicht richtig. Mögen detaillierte Beschlüsse auch nicht gefaßt sein, da es sich in Breslau vorderhand nur um die Schaffung besagten Fonds selbst handelte, der Zweck dieser Übung ist doch klar und zweifellos ohne von Anfang an. Mit der nachdrücklichen Vertretung der Prinzipalsinteressen, die mit dem besonderen Fonds erreicht werden soll, ist eine energische Bekämpfung der Schmutzkonturrenten wie der tariflichen und organisatorischen Außenseiter nicht gemeint, sondern lediglich eine größere Geschlossenheit gegen die Gehilfenforderungen bei Tarifrevisionen und in der Zwischenzeit gegen die Gehilfenschaft überhaupt. Darüber hinaus, d. h. wenn es auf diese Weise nicht gelingt, den Gehilfen ein Paroli zu bieten, tritt dann der besondere Fonds nach seiner eigentlichen Bestimmung in Wirksamkeit. Da macht es doch tatsächlich keinen Unterschied, ob das Arbeitgeberverbandsorgan direkt von einem Streikfonds spricht oder die Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins in Vorpommern dem besonderen Fonds die Bestimmung gaben, „für den Fall eines Streiks die erforderlichen Mittel anzusammeln“. Den Vogel erkennt man an seinen Federn und den besonderen Fonds an solchen Verlautbarungen. Die Gehilfenschaft rechnet also mit der Tatsache eines Streikfonds. Sie erkennt die gute Meinung der besser Denkenden, der Friedfertigen und Gehilfenfreundlichen gern an, aber sie weiß auch, daß dieser Teil nicht das Rad der Zeit aufzuhalten vermag. Das hat Breslau ganz augenfällig gezeigt. Dort waren neben einigen

andern Seelenverwandten die traditionellen Opponenten aus dem gelobten Lande der Extrawürste — Rheinland-Westfalen — dominierend, die eingeständenermaßen lieber heute als morgen den Krach sehen, die es so gut verstehen, gleichzeitig in Arbeiterfreundlichkeit und Tarifverschlechterung zu machen. Denn was man dort an Tarifverbesserungen auf dem Herzen hat und eingeführt sehen möchte, sind nackte Tarifverbesserungen. Das ist die Tendenz der früheren Sondertarifelei, und das ist das Ziel des ersetzten, mit heißem Bemühen angestrebten, aber bis dato noch nicht erreichten Zukunftstarifs. Und weil die Prinzipalität sich doch scheut, diesen Bannerträgern eines „lückenlosen“ Arbeitsstarifs zu folgen, deshalb das konsequente „Mißvertrauen“ gegen deren Leitung. Auch der besondere Fonds wird dort nur als schwächliche, als halbe Arbeit angesehen.

Der Fonds für besondere Zwecke hat ja auch schon wegen der ihm zwangsweise oktroyierten Wohlfahrts Einrichtungen (Sterbegeldunterstützung), womit den vielen Inhabern kleinerer Druckereien die Sache mundgerechter gemacht werden soll, Anfechtung erfahren. Man will ihn also seinem eigentlichen Zwecke vorbehalten wissen, womit nur noch deutlicher ausgesprochen wird, um was es sich bei dieser Gründung in Wirklichkeit handelt. Darüber gibt man sich in Gehilfenkreisen am wenigsten einer Täuschung hin und wird sich deshalb auch auf seine Weise mit dieser Tatsache abfinden.

Arbeitslosigkeit und Überstunden.

Obwohl wir Buchdrucker schon immer unter Arbeitslosigkeit viel zu leiden hatten; nahm dieselbe in den letzten Jahren leider doch solche Dimensionen an, daß es wohl an der Zeit wäre, hier wirksamere Mittel zu schaffen. Gewiß ist diese Aufgabe nicht so einfach, aber mit gutem Willen und Ausdauer läßt sich auch auf diesem Gebiet etwas erreichen. Wenn man die vielen Überstunden und die Arbeitslosigkeit miteinander vergleicht, dann drängt sich die Notwendigkeit einer Umdenkung um so mehr auf. Es wäre wohl angebracht, daß jeder Bezirk jährlich eine Überstundenstatistik aufnimmt und diese dem Verbandsvorstand als Material für die nächste Tarifrevision zur Verfügung stellt.

Wenn auch Überstunden nicht ganz zu vermeiden sind, so ist doch in E. eine Einschränkung möglich. Ich denke mir den Ausgleich zwischen Arbeitslosigkeit und Überstunden so: Anstatt der Berichte über den Stand unserer gut fundierten Verbandskasse (Sind hier die Besprechungen der Jahresberichte des Verbandes in den Zeitungen gemeint, so ist zu sagen, daß ihnen die Verbandsorgane völlig fernstehen. Neb.), müßten Artikel über die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe in der Tagespresse veröffentlicht werden mit der Bitte an alle größeren Geschäfte und Unternehmungen, sich im Sommer mit Druckfachen zu versorgen. Gleichzeitig müßten jedes Frühjahr unsere Orts- und Bezirksvorstände an die staatl. und städt. Behörden appellieren, alle Druckfachen, wie: Formulare, statistische Werte usw. im Sommer anfertigen zu lassen, damit die große Zahl der Arbeitslosen in dieser Zeit verringert werden kann. Wäre dieser Appell auch nicht gleich von Erfolg gekrönt, so würden die Früchte dieser Bemühungen doch wohl nicht ausbleiben.

Vielleicht befaßt sich eine Gauvorsteherkonferenz auch einmal mit dieser Frage. Ich habe immer das Empfinden, daß in dieser Beziehung mehr getan werden könnte. Wir leben in einer Zeit, wo man beinahe versucht wäre, zu sagen: Nichts ist unmöglich. Warum sollte es uns da nicht möglich sein, Arbeitslosigkeit und Überstunden etwas auszugleichen?

Bremen.

er.

Korrespondenzen.

Berlin. (Aus der Vereinsversammlung vom 15. August.) Unter „Vereinsmitteilungen“ berichtete Vorsitzender Maffini in ausführlicher Weise über den Konflikt in den Vereinigten Buch- und Kunstdruckwerken. In den sechs Jahren, seitdem die Gehilfenschaft die Verpflichtung übernommen habe, gegen Preisschleuderei im Gewerbe mit vorzugehen, sei dies der erste Fall, der in Berlin zu einem größeren Konflikt geführt habe; ein Beweis, wie vorfristig in dieser Frage vorgegangen worden ist. Die Vereinigten Buch- und Kunstdruckwerke hätten schon zu Anfang des Jahres ein Zirkular an die Verlagshändler versandt mit der fetten Überschrift: „Keine Tarifierhöhung“. Wiederholt sei die Firma verwahrt und mit Wüten belegt worden. Vor Kurzem wurde sie wegen neuer großer Preisschleuderei zu einer Buße von 1000 Mark verurteilt, die bis Mitte August zu zahlen war. Glaube die Firma, die bei der Verhandlung nur durch einen jungen Mann vertreten war, daß ihr Unrecht geschehen sei, so hätte sie noch Zeit genug gehabt, eine Nachprüfung zu beantragen. Der Arbeitgeberverband, mit dem die Firma zweifellos in Verbindung steht, be-

stärkte sie aber darin, diesmal dem Urteile des Tarifamts nicht Folge zu leisten und es darauf ankommen zu lassen. Zunächst seien neun Kollegen wegen Arbeitsmangels gekündigt worden. Da gleichzeitig versucht wurde, neue Arbeitskräfte zu engagieren, wurden die Vertrauensleute vorstellig, und die Firma erklärte ihnen rund heraus, sie komme dem Tarifamtsurteil nicht nach, sondern trete aus der Tarifgemeinschaft aus. Das angerufene Schiedsgericht verurteilte die Firma wegen Abreglung und Massenkündigung und forderte die Wiedereinstellung der neun Gehilfen. Dem kam die Firma nicht nach. Eine Aussprache des Kollegen Massini mit derselben blieb erfolglos, denn diese sandte sämtlichen Gehilfen am 3. August nach Schluß der Arbeitszeit längere, gleichlautende Kündigungsbriefe in die Wohnung, in denen sie bedauerte, mit ihnen als Verbandsmitgliedern nicht weiter arbeiten zu können. Am folgenden Montag wurden dann die Kollegen sofort entlassen. Gleichzeitig erklärte die Firma beim Tarifamt ihren Austritt aus der Tarifgemeinschaft. Vier Kollegen (Faktor usw.) mit längeren Kontrakten, die nicht gekündigt waren, verließen im Laufe der Woche auf Grund des § 124 a der Gewerbeordnung ebenfalls ihre Stellung, so daß insgesamt 30 Gehilfen und zwei Hilfsarbeiter aufgehört haben. Vom Faktor angefangen bis zum letzten Hilfsarbeiter blieb nicht einer im Betrieb, ein schönes Zeichen von Solidarität. Der Arbeitgeberverband hat eine Anzahl Arbeitskräfte abkommandiert; von der Firma Segal haben allein sechs Mann sofort angefangen. Gegen die 18 Gehilfen, die bei der Firma angefangen haben, wurde Antrag auf Tarifunterwerfung gestellt und inzwischen vom Tarifamt angenommen. Die betreffenden Namen sind bereits in den Organen der Tarifgemeinschaft veröffentlicht worden. Es muß nun in Zukunft in allen tariftreuen Firmen darauf geachtet werden, daß die tariflichen Bestimmungen diesen Gehilfen gegenüber streng zur Anwendung gebracht werden. Der Vater eines bei der Firma beschäftigten Lehrlings hat Klage beim Gewerbeamt auf Aufhebung des Lehrvertrags erhoben. Nach Erledigung dieser Klage werden die Eltern der andern dort beschäftigten Lehrlinge die Konsequenzen aus dem Urteile ziehen. Wenn die Firma jetzt bei dem schlechten Geschäftsgange notwendig ihren Betrieb mit den Arbeitswilligen aufrecht erhalten kann, so wird sie beim Weiterwerden der Konjunktur doch sehr bald zur Überzeugung kommen, daß sie nur innerhalb der Tarifgemeinschaft und mit dem Verbands weiter kommen kann. Mit aller Kraft muß die Tarifgemeinschaft den Kampf mit der Firma durchsetzen; schon deshalb, um andern Firmen, die ähnliche Gepläne hegen und nur den Ausgang dieses Konflikts abwarten, von vornherein den Appetit an einem Aus-der-Weise-tanzen zu verderben. Der Lette-Verein bildet in seiner Lehranstalt Photogrammenlehre aus, und die Handwerkersammer hat beschlossen, diese Lehrlinge schon nach zweijähriger Lehrzeit zur Gehilfenprüfung zuzulassen. Der Lette-Verein auch weibliche Buchdrucker auszubilden, liegt die Gefahr vor, daß durch solchen Beschluß der Handwerkersammer auch bei uns die Lehrlingsausbildung ein ganz andres Gepräge erhält. Dem muß beizutreten entgegengetreten werden. In die Revisionskommission und in die Vergnügungskommission wurden je ein Kollege gewählt. Die Sotire „Berlin bleibt Berlin“ ergab bei einer Einnahme von 1209,50 M. und einer Ausgabe von 1171,55 M. einen Überschuß von 37,95 M.

Braunschweig. Unse am 17. August stattgehabte Ortsvereinsversammlung war leider nur mäßig besucht. Unter „Geschäftliches“ wurden zwei Kollegen in den Verband aufgenommen; während die Kollegen Bliz (Höstenleben) und Herzog (Helmstedt) wegen Arbeitens in nichttarifzugehörigen Druckereien und ein Restant ausgeschlossen wurden. Dann hielt Kollege Arbeitersekretär Steinbocher einen gebienden Vortrag über „Die Invalidität, Alters- und Hinterbliebenenversicherung“, der beifällig aufgenommen wurde. Durch eine Reihe Beispiele aus der Praxis gab Redner den Anwesenden manchen praktischen Ratsschlag, wie sie das wenige, was das Gesetz an Verbesserungen unter der Reichsversicherungsbordung den Versicherten bringt, zu ihrem Nutzen anwenden können. Die dem Gesetz neu angefügte Hinterbliebenenversicherung wurde vom Redner ebenfalls in sehr gemeinverständlicher Weise behandelt. Alle Anwesenden waren von den Ausführungen befriedigt und haben manche Anregung und Belehrung mit nach Hause genommen, die wohl demnächst mancher praktisch befolgt wird, zum eignen Nutzen und zum Nutzen seiner Angehörigen. Zu bedauern ist nur, daß derartige interessante Vorträge so wenig Beachtung bei den Kollegen finden, denn nur ein Drittel der Mitglieder hielt es für nötig, in der Versammlung zu erscheinen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung hatten nur lokales Interesse.

Seibronn a. R. In unserer Mitgliederversammlung am 17. August hatten wir Gelegenheit, einen festlichen, aber nur so willkommeneren Gast in unserer Mitte begrüßen zu können. Kollege Willi Kraß, der sich auf der Rückreise vom Internationalen Buchdruckerkongresse befand, erwähnte Seibronn als kurzes Absteigequartier. Die gegenwärtige Situation im Buchdruckgewerbe lautete das Thema, das sich der Referent zur Verhandlung gestellt hatte. Daß aller Grund vorhanden ist, uns über die gegenwärtige Situation näher zu unterhalten, das haben die Ausführungen an diesem Abend zur Genüge bewiesen, und wahrhaftig, es hätte nichts geschadet, wenn die absiebt unres Versammlungslebens verstedt dahingeleitenden „Mauerblümchen“ sich einschaltungsweise auch einmal hätten sehen lassen. Die einschaltstündigen Ausführungen lösten am Schluß seitens der

zahlreich Erschienenen großen Beifall aus; hofentlich ein Beweis dafür, daß die beherzigenswerten Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Die sich anschließende Diskussion bot dem Referenten Gelegenheit, in seinem Schlußwort auf manche falsche Vorstellungen, die in Mitgliederkreisen dieses vorgehanden sind, hinzuweisen und die richtige Fährte zu zeigen. Herzlichen Dank entbot der Versammlungsleiter namens der Anwesenden unserm Kollegen Kraß für seine inhaltreichen Ausführungen. Der nun folgende Quartals- und Kassenbericht zeigte ein normales Bild und erübrigt es sich deshalb, näher darauf einzugehen. Gegenwärtiger Mitgliederstand 242. Einige sonstige Punkte internen Charakters bildeten den übrigen Stoff in dieser Versammlung.

Offenbach a. M. (Quartalsversammlung am 10. August.) „Der Tarif ist unter Dach und ich bekomme mein Geld, was brauche ich da noch Versammlungen! Der Vorstand macht's schon!“ so werden sich die meisten Kollegen des hiesigen Bezirks gesagt haben, als sie am Abend des Versammlungstags den Druckerstreik von den Pantoffeln schüttelten und in Gemütsruhe ihren Rauchwideln das Lebenslicht ausbliesen oder zum Sommerfest usw. eines beliebigen Klimbimvereins auszogen, wo die „Interessen“ besser vertreten werden. Selbst das hochaktuelle Thema „Verursichte Zeit- und Streitfragen“ konnte die berufsmäßigen Versammlungsschwänzer nicht bewegen, einmal kollegial zu fühlen und zu denken. Whten sie am Ende, daß sie bittere Wahrheiten würden zu hören bekommen? Ist diese Seite im hiesigen Bezirksleben auch unerquicklich, so berührt es uns mit um so größerer Freude, daß mit den zur Versammlung vorgehenden zehn Aufsahmgegehungen sämtliche 25 in diesem Jahre Neuausgewählten den Weg zu uns gefunden haben. Hoffentlich werden sie auch tüchtige Verbandsmitglieder! Besonders registriert zu werden verdient das Verhalten der hiesigen, in ganz Deutschland bekannten Gelehrerfirma Gebrüder Klingpor. Seit einer Reihe von Jahren befinden sich die dortigen Kollegen im Genusse von Ferien. Vor kurzem ist nun eine Betriebskrankenkasse dort eingerichtet worden, und zwar gegen den Willen der dort Beschäftigten. Beweis: In einer Betriebsversammlung unter Aufsicht von Vorstandsmitgliedern aller einschlägigen Branchen votierte man mit 150 Stimmen gegen diese Errichtung, während nur 17 Stimmen dafür waren; außerdem wurden fünf weiße Bertel abgegeben. Damit glaubte man die Sache abgetan, bis auf einmal, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, ein Ullas der Firma an schwarzen Wretten prangte: Die Betriebskrankenkasse ist genehmigt und die Vertreterwahlen haben am 15. Juli stattgefunden. Eine Aussprache mit unsern Kollegen fruchtete nicht, sie beugten sich vielmehr wider Willen der Diktatur der Firma. Eine geeignete Strafe für den Versuch, ein Veto gegen eine geplante „Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter in dem Betrieb“ einzulegen, erlitt die Firma in einem „Mädchengeber-Verstärker“. Durch Entzug der Ferien wurde „nämlich“ die „Angehörigkeit“ bestraft. Nur einige Getreue haben Gnade gefunden und sind im Genusse der Ferien geblieben. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß Herr Klingpor im vorigen Jahre mit einer von den Aufern im Streite gegen die hiesige Ortskrankenkasse war, deren Vorstandsmittglied er damals gewesen ist. „Das Urteil über diese Angelegenheit überlassen wir der Öffentlichkeit. Den Kollegen bei Gebrüder Klingpor aber empfehlen wir, jederzeit die Augen offen zu halten und bei ihrer nächstjährigen Tarifbewegung mehr Rücksicht zu zeigen“, das waren die treffenden Schlußworte unres Vorlesenden Piskner. Zu dem gedruckt vorliegenden Kassenberichte vom zweiten Quartale gab Kollege Stein einige Erläuterungen, worauf ihm einstimmig Entlastung erteilt wurde. Mit größtem Interesse folgten hierauf die Anwesenden dem Vortrage des Kollegen Bachaus (Frankfurt a. M.). Auf Grund eines gut durchgearbeiteten Materials verstand er es, die gegenwärtigen Strömungen im Prinzipalslager vor Augen zu führen. Durch reiches authentisches Zahlenmaterial wies der Referent die Behauptung der Prinzipale, daß ein Mangel an Arbeitskräften bestche, zurück und verurteilte im übrigen scharf die Angriffe der rheinisch-westfälischen Prinzipale. Von einer Zurückhaltung der Leistungen könne keine Rede sein. Die neue Strömung im Prinzipalslager sei gewiß bedeutlich, aber die Gehilfenschaft brauche im Vertrauen auf ihre Organisation den Mut nicht sinken zu lassen. Unser Ziel müsse sein, ruhig weiter zu wirken, den Verband nach innen und außen zu festigen und der Tarifgemeinschaft immer neue Anhänger zuzuführen. Redner schloß mit dem Appell an alle Mitglieder, die Pässigkeit abzustreifen und die Bestrebungen des Verbandes sowohl wie des Bezirksvorstandes durch rege Anteilnahme an allen Veranstaltungen wirksam zu unterstützen. Ungehaltener Beifall am Schluß des Referats bewies, daß den Zuhörern aus dem Herzen gesprochen war. Der Vorlesende dankte dem Referenten im Namen der Anwesenden. Nachdem dann noch der Kartellbericht erstattet sowie einige Interna ihre Erledigung gefunden hatten, schloß der Vorlesende die Versammlung in der Hoffnung, daß die Worte des Referenten gute Früchte tragen möchten.

Birmasens. Unse diesjährige zweite Bezirksversammlung fand am 18. August in Zweibrücken statt. Anwesend waren von Somburg 7, Zweibrücken 21 und von Birmasens 26 Kollegen. Eingang seines Halbjahresberichts bedauerte Vorlesender Döhm die Interesslosigkeit einzelner Kollegen. Ferner wies er auf die Manipulationen des famosen Gutenbergsbundes hin, der bestrebt sei, auch in unserm Bezirke festen Fuß zu fassen. Sämtliche Neuausgewählte fanden Aufnahme in unsern

Reihen, bis auf einen im „Birmasenser Tageblatt“ (Bertrumsorgan) beschäftigten. Hier stehen neben einem Verbandsmitglied nur noch Gutenbergsbündler. Ein besonders krasser Fall, in dem das Gegenteil von christlicher Nächstenliebe zum Ausdruck kommt, brachte der Vorlesende den Kollegen zur Kenntnis. Ein Gehilfe, welcher sechs Jahre in der betreffenden Offizin beschäftigt war, wurde krank und kam ins Krankenhaus. Hier hatte er während seiner Krankheit die Ehre, von einem Kaplan besucht zu werden. Dieser ersuchte ihn, als guter Katholik zu beichten unter dem Hinweis, daß er dann eventuell wieder beschäftigt werden könnte. Der Kollege wies dies jedoch ebenso höflich als auch entschieden ab. Nach seiner Wiederherstellung wurde ihm auf seine Anfrage erklärt, daß er nicht mehr eingestellt werden würde. Erst auf angebotene Klage beim Schiedsgerichte wurde er dann noch auf drei Wochen beschäftigt. Wetress' Ferien ist zu erwähnen, daß die Firma Wolff Dell in Birmasens die im vorigen Jahr entzogenen Ferien wieder einführt, während die Firma M. Neumann diese von sechs auf vier Tage reduzierte. Ein Antrag, den ausgesetzten und nichtbegünstigten Kollegen 1 M. aus der Bezirkskasse zu gewähren, fand Annahme. Dieser Betrag wird in dem Bezirksdruckort ausgezahlt, welchen der Durchreisende zuerst passiert.

Rundschau.

Ferienverlängerung. In München hat die Buchdrucker von Anton Hubers Erben die bisher gewährte Ferienvergünstigung, nach der bei zweijähriger Karenz drei und nach zehnjähriger sechs freie Tage gewährt wurden, in folgender Weise erweitert: Es werden bei einer Beschäftigungsdauer von 1 bis 4 Jahren 3, bei 5 bis 7 Jahren 5, bei 8-9 Jahren 6, bei 10-14 Jahren 8, bei 15-19 Jahren 10, bei 20-24 Jahren 12 und bei 25 Jahren 14 freie Arbeitstage gewährt. Da zum Teil lange Jahre beschäftigtes Personal in Betracht kommt, so ist dies eine ganz erhebliche Verbesserung.

Ein „tüchtiger“ Zeitgenosse. In Nr. 67 des „Münchischen Anzeiger“ liest ein junger Mann folgenden Inseter vom Stapel: „Junger Redakteur, 22 J., m. 5jähr. reb. Tätigkeit, vorzögl. Allgemeinwissen, i. all. reb. Arb. erf. (Pol., Pol., Verlags-, Gerichts-, Theat., Kongressbericht, Pseud., Teleph.-Dienst, Stenogr., Korrektor), seit 2 J. verantwortl. a. H. W. m. f. j. 1. Dkt. ob. sp. zu veränd. Gesch. h. d. Realg. bes. (Obersekundareise) u. i. Fachm. (gel. Seger). Ung. u. 01205 a. d. Verlag d. W.“ O, du - 20. Jahreshundert! Daß der junge Mann auch gesund ist, hat er wohl nur vergessen anzugeben. Aber man kann trotzdem darüber im Zweifel sein, ob der Inseter ernst genommen sein will, oder ob er sich eine heisende Satire auf die bekannte Klage der Zeitungsverleger über den „Rückgang der Leistungen“ leisten wollte. Wie man's nimmt, die Satire ist es wert; als besonders wertvoll aber Zeit beachtet zu werden. Denn sie zeigt, wozu es führt, wenn die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit so hoch wie in neuester Zeit gestellt werden. Da kann einem jungen Manne sehr leicht der Verstand zum Teufel gehen, trotz Realgymnasium oder Obersekundareise.

Die ästhetische Traueranzeige. Der Bruder eines in den Pariser literarischen und Künstlerkreisen als „überästhetiker“ wohlbekannten Aristokraten war gestorben. Diese Tatsache wurde der Weltweit durch Traueranzeigen bekanntgemacht, die in Wahrheit ein Muster kultivierten Geschmackes und künstlerischer Sahanordnung waren. Das auffallendste an ihnen aber war, daß zu ihrer Frankierung nicht die übliche 5-Centimes-Marke, sondern eine 5-Franks-Marke verwendet worden war. Von einem der trauernden Hinterbliebenen nach der Ursache dieser Noblesse in der Frankierung befragt, erklärte der Ästhet, wie sein künstlerisches Empfinden von dem Mißklänge zwischen Papier, Trauerband und der groben Farbe der 5-Centimes-Marke so tief beleidigt worden war, daß er sich zu einer andern Marke entschließen mußte. Die angefertigten Briefe hätten dann ergeben, daß nur das delikate tiefe Burpurrot der 5-Franks-Marke einen wirklich schönen, künstlerischen Einklang mit diesem Briefumschlage bringen könne. Und so gingen Hunderte dieser künstlerisch-ästhetischen Traueranzeigen in die Welt, jedes Stück mit der 5-Franks-Marke frankiert. Ein Prozeß noch im Uebel!

Verstärkte Zensur der Kinoplate in Preußen. Der preußische Minister des Innern hat an die Polizeibehörden einen Erlaß gerichtet, in welchem er eine schärfere Zensur der marktfrischerischen Plakate, wie sie die „Rienstöpfe“ auszufüllen liebten, anordnet. Solche Plakate, welche ausföhlige Ausschreihen, Schauerbilder usw. aufweisen, sollen ohne Gnade vom Utschlag ausgeschlossen sein. Hoffentlich gelingt es, die Plakate des „Theaters der armen Leute“, vom Standpunkte der Ästhetik aus, zu reformieren. Sie hätten's oft genug nötig!

Eine Gewerkschaftsbank. In Nr. 96 berichteten wir irrtümlicherweise von der Gründung einer deutschen Gewerkschaftsbank. Diese Mitteilung bezieht sich jedoch, wie wir nachträglich erfahren haben, nicht auf Deutschland, sondern auf England. Dem Berliner „Vorwärts“ wird dazu aus London geschrieben: Der Jahresbericht des Parlamentarischen Komitees des Trade-Union-Kongresses, der am 2. September zusammentritt, wird dem Kongresse die baldige Einrichtung einer Gewerkschaftsbank empfehlen. Der Abgeordnete Bowernan, Sekretär des Parlamentarischen Komitees, erklärt, daß das Komitee sich schon eingehend mit der Frage befaßt hat und von der Nützlichkeit und Durchführbarkeit des Plans überzeugt ist. Wenn die Großeinkaufsgenossenschaft eine

eigne Bank haben kann, dann werden, sagte Boverman, wohl auch die Gewerkschaften dazu imstande sein. Bei fast allen großen Streiks der letzten Jahre hatten die Gewerkschaften unter ihrer Abhängigkeit von den kapitalistischen Banken zu leiden. Es wurden ihnen immer Schwierigkeiten gemacht, wenn sie ihre deponierten Anlagepapiere für Streikgelber flüssig machen müßten, und sie stießen erst recht auf Schwierigkeiten und Hindernisse, wenn sie zu solchem Zweck Leihen machen wollten. Die Gewerkschaftsbank würde unter Zinnehaltung solcher Geschäftsregeln in erster Linie die Interessen der Gewerkschaften pflegen.

Nachkänge zum Bochumer Grubenunglück. Am 18. August fanden im rheinisch-westfälischen Kohlenreviere zahlreiche öffentliche Versammlungen des alten Bergarbeiterverbandes statt, welche sich mit der Katastrophe auf der Zeche „Lothringen“ befaßten. Im Gegenjatz zur Schilderung der Bergbehörde kam darin zum Ausdruck, daß die Ursache des Massenunglücks eine gemeinsam wirkende Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion gewesen sei, wozu noch als treibender Faktor die Heißjagd nach steigender Kohlenförderung komme. Einstimmig wurde eine Revision der berggesetzlichen Bestimmungen zum Bergarbeiterchutz und zur Verhütung der Gefahren im Grubenbetriebe verlangt, namentlich die endliche Einführung der Sicherheitsmänner. Neben einer Unterrichtung und Belehrung, zumal der fremdsprachigen Arbeiter, über Schlagwetter usw. wurde auch der Wunsch zum Tarifverträgen im Bergbau angeregt, da die Lohnfrage zur Frage der Sicherheit in innigster Wechselbeziehung stünde.

Die Wirkung der Konkurrenzklause. Seit längerer Zeit schwebt in Mannheim ein Prozeß, den der Deutsche Werkmeisterverband (Wülfelsdorf) für eines seiner Mitglieder führt. Dieses, ein Werkmeister, wurde ohne Gehaltsnachzahlung entlassen und monatelang arbeitslos. Der Mann war nämlich einen Vertrag eingegangen, nachdem er innerhalb zweier Jahre nach seinem Dienstaustritte bei verschiedenen namhaft gemachten Firmen und in einem Umkreise von 100 Kilometern überhaupt in kein Arbeitsverhältnis eintreten darf. Als Konventionalstrafe waren 3000 M. festgesetzt. Als die Not zu groß ward — der Mann hat eine große Familie zu ernähren —, nahm er in Mannheim-Neckarau eine Stellung an. Während nun die Firma (Maschinenfabrik Gebr. Neuling) innerhalb 14 Tagen vom Landgericht eine Verfügung erwirkte, daß der Werkmeister sofort aus seiner Stellung auszutreten habe, andernfalls eine Haftstrafe von sechs Tagen und für jeden weiteren Übertretungsfall wieder eine solche von sechs Tagen ausgesprochen wird, konnte dasselbe Gericht in dreiviertel Jahren auf den Einspruch des Werkmeisters keine Entscheidung fällen. Infolgedessen arbeitete der Werkmeister ruhig weiter, bis er nun am 14. August in Haft genommen wurde. In einer stark besuchten Versammlung des Werkmeistervereins wurde Protest gegen das Vorgehen des Landgerichts erhoben und die Forderung auf Erchtigung von Sondergerichten für Techniker und Werkmeister aufgestellt.

Terrorismus der Unternehmer gegen Arbeitswillige. Bekanntlich haben in letzter Zeit alle Unternehmerzeitungen, darunter auch die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, Rufe nach einem stärkeren gesetzlichen Schutz der sogenannten „Arbeitswilligen“ laut werden lassen. Es sollen danach jene, die billiger und williger arbeiten wollen und dadurch sogar schon als eigentliche staatszerhaltende Individuen von Regierungsvertretern eingeschätzt wurden, ganz besonders geschützt werden, gegen Verrufe und Belästigungen seitens solcher Menschen, die in dem Verhalten der ersteren eine Schädigung der Standes- und Berufsinteressen erblicken. Auch wir haben im „Rorr.“ noch kein Fehl daraus gemacht, daß wir gegen solche Elemente, die sich den Glorienchein der Arbeitswilligkeit um jeden Preis um ihre Hüften strahlen lassen, alles andre denn eine besondere Achtung übrig haben. Aber wir sind in dieser Bestimmung nicht inkonsequent, sondern lassen unsre diesbezügliche Einschätzung und Gegnerschaft nicht nur „staatszerhaltenden“ Arbeitern, sondern auch „staatszerhaltenden“ Unternehmen zuteil werden, die durch Schmutzkonkurrenz oder sogenannte Preisfäule derer daselbst tun, was „arbeitswillige“ Arbeiter an ihren Kameraden begehen: wirtschaftlichen Verrat. Aus diesem Grund ist die in unserm Verbands zusammengefaßte Gehilfenschaft auch bereit, mit den schärfsten Mitteln gegen Preisfäule derer im Gewerbe vorzugehen, einerlei ob sie im Gehilfenlager oder im Prinzipalslager zu suchen sind. Denn ob der Verrat hüben oder drüben begangen wird, bleibt sich gleich; er schädigt das Gesamtgewerbe. Darum sehen wir auch nichts Besonderes darin, wenn sich die Unternehmer in gleicher Weise betätigen und danach trachten, Schmutzkonkurrenten, Preisfäule derer, Verächter der Standesehre, Vertragsbrüchige usw. in ihren Reihen mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen. Über dagegen müssen wir uns entschieden verwahren, wenn die gleichen Unternehmer, die sich auf solcher Bahn bewegen, den Arbeitern geschlechtlich das Recht streitig machen wollen, sich in der gleichen Weise gegen Schmutzkonkurrenten, Preisfäule derer, Verräter usw. in ihren Reihen wenden zu dürfen. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig! Und um nun unsern Lesern vor Augen zu führen, in welchem Umfange gerade in Unternehmerkreisen „Terrorismus gegen Arbeitswillige“ geübt wird, werden wir in dieser und in den nächsten Nummern fortlaufend aus einer reichhaltigen Sammlung von Beweisen entsprechende Auszüge veröffentlichen, woraus zu ersehen ist, mit welchen Mitteln die Unternehmer die „Arbeitswilligkeit“ in ihren Kreisen zu bekämpfen wissen, und daß sie, wenn sie ehr-

lich sein wollten, mäusechtill sein sollten, wo es sich um Klagen über Terrorismus oder ähnliches handelt. Also sehen wir zu, wie es jenseits gemacht wird, um „staatszerhaltende Arbeitswillige“ zu zähmen oder zu fesseln. Auf mancherlei Art wissen vor allem die Unternehmerkartelle ihre organisationsunlustigen Berufsgenossen gefügig zu machen. Da ist zunächst das Mittel der Materialsperrung. Ist dem Organisationsunlustigen der Weg von Rohmaterial ganz unterbunden oder auch nur unter schlechteren Bedingungen als den Kartellgenossen möglich, dann muß er sich in den meisten Fällen dem Kartell unterwerfen oder er wird geschäftlich ruiniert. Die Satzungen der Spirituszentrale, der der konservative Abgeordnete Kretsch, ein Hauptstreiter über „sozialdemokratischen Terrorismus“ sehr nahe steht, bestimmen, daß die kartellierten Brenner ihren Rohspiritus nur durch die Zentrale „verwerten“ lassen dürfen. Die Zentrale sorgt dann für die Abgabe von Rohspiritus nur an solche Verbraucher, die sich den Kartellbedingungen unterwerfen. Wer sich von den Brennern nicht fügen würde, hätte neben wirtschaftlicher Schädigung auch Berrufserklärung zu erwarten. Als es sich 1899 um die Organisierung der Brenner handelte, da schrieb die „Agrarcorrespondenz“ (Nr. 8, 1899): „Der deutsche Brenner, der den Beitritt zur Gesellschaft versagt, verweigert ihm Anspruch auf berufliche Achtung. Man sollte diese Herren für immer stigmatisieren. Auch wäre solch ein feiner Herr, wenn man später seinen Geldbeutel recht derb angreift, fühlbarer gestraft, als durch das sowieso ihm gebührende Pfuhl!“ Dieser flagrante Verstoß gegen den § 153 der Reichsgewerbeordnung konnte geschehen, ohne daß die Behörde dagegen einschritt, während Arbeiter für ein den „Arbeitswilligen“ zugeführtes Pfuhl wochenlang ins Gefängnis geworfen werden.

Unternehmerinteressen und Feiertagsheiligung. Vor einiger Zeit erhielten mehrere katholische Landarbeiter ein Strafmandat, weil sie an einem katholischen Feiertage die Arbeit ruhen ließen, von diesem Vorhaben aber den Vorgesetzten rechtzeitig unterrichtet hatten und dieser nichts dagegen einzuwenden hatte. Mit Hilfe des Landarbeiterverbandes legten sie Verusung ein und beantragten richterliche Entscheidung, die vor dem Breslauer Schöffengerichte zur Verhandlung kam. Entgegen der Ansicht des Urteilsanwalts, der eine Verurteilung auf Grund der famosen Gesindeordnung durchsetzen wollte, kam das Gericht zu einer Freisprechung, weil es eine Arbeitsentstellung in dem Vorgehen der Angeklagten nicht erblicken konnte, zumal diese von ihrer Pflicht vorher ihren nächsten Vorgesetzten in Kenntnis gesetzt hätten. Gäßen die Angeklagten, so hätte der Vorsitzende in der Begründung des freisprechenden Urteils aus, dem Vorgesetzten nichts von ihrem Vorhaben gesagt, hätte Verurteilung eintreten müssen, denn wenn katholische Arbeiter die katholischen Feiertage halten wollen, müssen sie dies kontraktlich ausmachen. Ein frommer Arbeiter wird also unter Umständen in das Gefängnis gesteckt werden und seine Familie kann während dieser Zeit hungern, wenn er sich erdreiste, die Feiertage zu halten, die ihm seine Religion vorschreibt. Mit der Theorie und Praxis des Christentums hat es sofort einen Haken, wenn der Unternehmer Schaden dabei erleiden soll.

Der Arbeitsmarkt im Juli 1912. Auch für den Monat Juli konstatiert das „Reichsarbeitsblatt“ den Mangel eines einheitlichen Gepräges sowie eine Abschwächung auf dem Arbeitsmarkte. Die Berichte aus der Industrie verzeichnen jedoch im allgemeinen eine intensive Beschäftigung für zahlreiche Gewerbe, während einige wieder als Saisongewerbe weniger gut beschäftigt waren. Äußerst mangelhaft sind diesmal die Berichte über das Buch- und Zeitungsgewerbe. Es lagen anscheinend dem Reichsstatistischen Amte nur zwei Berichte vor. Davon berichtete einer über gute Beschäftigung und der andre von einer Verschlechterung gegenüber dem Vormonate. Der übliche Bericht über den Berliner Arbeitsmarkt im Buchdruckgewerbe fehlt vollständig und von Leipzig wird schwache Beschäftigung gemeldet. Von 382 arbeitslosen Seßern erhielten hier nur 141 Beschäftigung und von 168 Druckern nur 74 Arbeitslos blieben am Ende des Monats 182 Seßer und 78 Drucker, gegen 197 Seßer und 66 Drucker Ende Juni d. J. und 229 Seßer und 46 Drucker Ende Juli 1911. Die Schriftgießerei und Messinglinienfabrikation war ebenfalls ungenügend beschäftigt. — Die Berichte der Krankenkassen verzeichnen gleichfalls eine Abnahme des Beschäftigungsgrades. Die Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder verringerte sich um 4181, was aber hauptsächlich auf einen großen Rückgang der weiblichen Mitgliederzahl zurückzuführen ist. Gegenüber dem Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad, wenn man den Stand vom 1. Januar 1912 gleich 100 setzt, beim männlichen Geschlecht auf 107 und beim weiblichen auf 101 gestiegen, gegen 108 und 100 im gleichen Zeitpunkte des vorigen Jahres. — Bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen kamen auf 100 Arbeitsangebote 140 Arbeitsuchende, gegen 141 im gleichen Monate des Vorjahres und gegen 146 im vorigen Monate; bei den weiblichen Personen sind die entsprechenden Ziffern 97, 89 und 101. — Von den Sachverbänden haben 49 mit 212088 Mitgliedern Berichte eingesandt. Von diesen waren 1,8 Proz. am Ende des Monats arbeitslos; in der gleichen Zeit des Vorjahres 1,6 Proz. und Ende Juni d. J. 1,7 Proz. Nach beiden Vergleichszeitpunkten ist demnach eine Verschlechterung eingetreten. — Im Verbands der Deutschen Buchdrucker wurde eine Arbeitslosigkeit von 6,4 Proz. festgestellt, gegen 5,5 Proz. im Juni d. J. und 3,4 Proz. Ende Juli vorigen Jahres. Die diesjährige Arbeitslosigkeit im Monate Juli überstieg also bei uns Buchdruckern jene

vom gleichen Monate des vorigen Jahres um rund 3 Proz., war also beinahe doppelt so stark als im Vorjahre, und wenn man berücksichtigt, daß die diesjährige Mitgliederzahl unsres Verbandes wieder um etwa 3000 größer ist als jene im Juli vorigen Jahres, so kann mit Recht gesagt werden, daß die Zahl der arbeitslosen Buchdruckergehilfen Ende Juli d. J. nicht nur beinahe doppelt so groß war als jene zum gleichen Zeitpunkte des Vorjahres, sondern ganz sicher noch höher. — Die Ein- und Ausfuhr im reinen Warenverkehre des Spezialhandels hatte für das ganze Deutsche Reich einen Wert von 883516 Millionen Mark in der ersten und einen solchen von 702279 in der letzteren, gegenüber 765003 und 670479 in der entsprechenden Zeit von 1911.

Verschiedene Eingänge.

„Deutscher Buch- und Steinbruder.“ Monatlicher Bericht über die gesamten graphischen Künste mit der Beilage „Graphische Fortstunden“. Herausgeber: Ernst Morgenstern, Berlin W 57, Dennewitzstraße 19. Heft 11. 18. Jahrgang. Einzelheft 1 M., Jahrgang 8,75 M.

„Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Halbmonatsschrift für das graphische Kunstgewerbe. Herausgegeben von August Müller in St. Gallen. 30. Jahrgang, Heft 23/24. Abonnementpreis 4,50 M. pro Halbjahr.

„Typographische Rundschau.“ Monatschrift zur Wiedergabe von Druckfachen aus Buchdruckereien, Schriftgießereien, Fachvereinen usw. Augustheft 1912. Herausgeber und Drucker Josef Wienands in Bonn a. Rh. Der Abonnementpreis beträgt pro Vierteljahr ohne Postgeld 75 Pf., Einzelhefte 30 Pf.

„In Freien Stunden.“ Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. XVI. Jahrgang, Heft 30 und 31. Preis pro Heft 10 Pf.

„Für Alle Welt.“ Illustrierte Zeitschrift. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. XVIII. Jahrgang, Heft 27. Preis 40 Pf.

„Moderne Kunst.“ Illustrierte Zeitschrift. Verlag von Reich. Bong, Berlin. XXVI. Jahrgang, Heft 24 und 25. Preis des Heftes 60 Pf.

Zentralinvalidenkasse in Ligo.

Quittung über die im 1. Quartale 1912 verausgabten Unterstüzungen.

Gau	Einnahme		Ausgabe		Saldo	Gauverhältnis	Landverhältnis
	von resp. Bez. auf den 31. Okt. 12	von der Hauptkass. bis 31. Okt. 12	an resp. Bez. auf den 31. Okt. 12	von der Hauptkass. bis 31. Okt. 12			
Berlin	1008	80	546	—	10 20	452	60
Dresden	519	65	364	—	5 20	150	45
Franfurt-a-M.	302	25	273	—	3 90	25	35
Hamburg-Altona	457	90	455	—	2 90	—	—
Hannover	770	75	364	—	5 20	401	55
Leipzig	1394	30	1183	—	5 20	206	10
Mecklenburg-Vorpommern	244	—	114	100	—	70	29
Mittelrhein	298	25	182	—	2 60	113	65
Oberrhein	755	40	182	—	2 60	570	80
Oder	574	55	364	—	8	202	55
Ostpreußen	92	30	91	—	1 30	—	—
Posen	300	—	170	100	—	270	19
Rheinland-Westfalen	453	50	364	—	5 20	84	30
Sachsen	199	80	182	—	1 20	16	80
Sachsen-Anhalt	418	05	312	100	—	450	1 55
Schleswig-Holstein	152	80	50	100	—	80	—
Württemberg	406	45	91	—	1 30	314	15

* 2 M. an die Hauptkasse eingezahlt.

Bilanz am 30. Juni 1912.

Einnahmen:
An Saldovortrag vom 30. März 1912 . . M. 363010,48
„ Zinsen usw. „ 6218,30
Summa: M. 369228,78

Ausgaben:
Per Unterstüzung, Verwaltung usw. . . M. 5778,50
„ Saldovortrag für 1. Juli 1912 . . . „ 363450,28
Summa: M. 369228,78

Invalidenstand 57.

Berlin, den 9. Juli 1912.

Gustav Giesler, Hauptkassierer.

Vorstehender Kassenbestand ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der buchmäßige Tageskassenbestand von 1500,58 M. in Belegen und Kasse festgestellt worden.

Berlin, den 16. August 1912.

Die Revisionskommission:

E. Gorbian, Eugen Wegus, Otto Schulz.
Vorstehender Abschluß ist von mir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern in Übereinstimmung befunden.

Berlin, den 16. August 1912.

Max Henniger, gerichtlicher Bücherrevisor
beim Königl. Kammergericht und den Königl. Landgerichten I, II und III zu Berlin.

(Gebrauch eines Beslages.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg. Einzignummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig. Leipzig, den 27. August 1912. Redaktionsschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer Nr. 99.

Verband der Deutschen Buchdrucker. Bilanz am 30. Juni 1912.

Einnahmen.				Ausgaben.	
N	ß	N	ß	N	ß
An Saldo vortrag vom 31. März 1912					
8998458	18	Per Unterstiftungen, Verwaltung usw. im 1. Quartale 1912		672841	69
993610	15	„ Saldo vortrag für 1. Juli 1912		9319226	64
Summa	9992068	33	Summa	9992068	33

Der Saldo von 9319226,64 M. setzt sich zusammen aus 9009940,16 M. nominal in Wertpapieren, deren Verkaufswert 8073371,56 M. beträgt, 228540,27 M. in bar und 80746,21 M. zurückbehaltener Vorschuss in den Gauen.
Berlin, den 12. August 1912.

Vorstehender Kassenabschluss ist revidiert, in Ordnung befunden und der buchmäßige Tageskassenbestand von 107601,25 M. in Belegen und Kasse festgestellt worden.
Berlin, den 16. August 1912.

Die Revisionskommission:
E. Gorbian, Eugen Gogus, Otto Schulz.

Gustav Giffert, Kassierer.
Vorstehender Abschluss wurde von mir geprüft und ist mit den ordnungsmäßig geführten Büchern in Übereinstimmung gefunden.
Berlin, den 16. August 1912.

Dr. Henniger, gerichtlicher Bücherrevisor
beim Königl. Kammergericht und den Königl. Landgerichten I, II und III zu Berlin.

Quittung über im 1. Quartale 1912 in den Gauen eingegangene und verausgabte Gelder.

Gau:	Einnahmen										Ausgaben																	
	Ein- schreib- geld		Ordnliche Beiträge		Ordnungs- strafen		Ver. resp. Zuschuß pro 1. Quartal 1912		Zusammen		Unterstütz. an Reisende		Unterstützung an Arbeit- lose		Unterstützung nach § 2 der B.-Beschlüsse und Jungst.		Unterstützung an Kranke		Unterstütz. an Jugendl.		Vergütungs- geld		Verwaltung usw.		Zurückbehalt. Vorschuß pro 2. Quartal 1912		An die Hauptkassen eingesandt	
Bayern	41	65823	7	89	60	—	—	65953	67	2052	50	19066	—	689	—	17842	40	8251	75	2490	67	3150	15	5000	—	7411	20	
Berlin	107	151720	20	124	80	—	—	160072	70	331	70	70386	75	1032	—	57955	40	16451	75	6317	50	7597	60	—	—	—	—	
Dresden	44	32061	25	4	—	—	—	32109	25	423	50	5537	50	856	—	6621	20	4950	75	1464	50	1605	—	8000	—	2750	80	
Elfaß-Lothringen	7	15077	10	9	—	—	3830	84	18923	94	242	86	2017	50	254	—	4412	80	2133	25	150	—	763	05	3950	49	5000	—
Erzgebirge-Bohland	23	20984	70	22	05	—	—	23029	75	345	65	2156	25	183	—	3368	40	795	25	350	—	1050	40	4000	—	10780	80	
Frankfurt-Oessen	20	36025	60	—	—	—	—	42095	60	646	25	3952	25	505	—	9563	40	1802	25	800	—	1804	78	4000	—	19021	67	
Hamburg-Altona	3	33895	60	2	80	—	—	33901	40	258	—	7003	50	360	—	6221	80	3139	50	800	—	1695	05	—	—	13823	55	
Hannover	30	36026	—	7	—	—	—	37063	—	893	70	3895	75	642	—	6756	10	5671	50	550	—	1802	80	5000	—	11881	15	
Leipzig	29	73965	25	10	—	—	—	74013	25	401	70	21087	—	496	—	17059	—	9837	50	2650	—	3699	80	—	—	18782	25	
Mecklenburg-Vübed	6	18455	80	35	95	—	—	18870	92	203	45	1437	25	198	—	1638	—	1474	75	1100	—	424	90	294	57	2100	—	
Mittelrhein	51	41020	30	12	—	—	—	41083	30	589	—	5016	50	738	—	9084	60	4506	—	950	—	2054	15	—	—	18055	05	
Nordwest.	9	16956	20	1	—	—	—	16966	20	371	65	1339	25	215	—	3199	—	1475	50	400	—	848	31	4000	—	8117	49	
Oberhein	6	18721	70	4	20	—	—	23631	90	502	95	3691	50	204	—	5290	60	1206	75	300	—	966	62	4900	—	5569	48	
Oderl. Sachsen	40	28905	70	32	20	—	—	32077	90	820	10	4388	75	1020	—	5966	20	1765	50	400	—	1461	—	4000	—	13178	85	
Ostpreußen	15	30539	70	36	65	—	—	34091	35	786	—	6385	50	476	—	6478	30	2292	25	800	—	1532	33	3000	—	12340	67	
Posen	4	9728	70	9	80	—	—	9760	50	11	95	472	25	125	—	2464	—	1762	—	300	—	488	02	—	—	4137	28	
Rheinland-Westfalen	115	103318	10	—	—	—	—	103433	10	1210	90	15581	75	2120	—	23460	85	3405	—	1500	—	5241	—	—	—	50913	60	
Vn der Saale	39	40796	55	2	80	—	—	44508	48	340	25	7814	—	551	—	8091	20	1943	50	750	—	2041	92	7685	61	15291	—	
Schlesien	47	33555	—	5	60	—	—	35607	60	647	40	6354	—	350	—	7201	85	4506	75	1200	—	1678	20	5000	—	8669	40	
Schleswig-Holstein	19	13434	30	—	—	—	—	13453	30	223	50	1592	75	740	—	2071	75	1566	75	500	—	672	66	1000	—	5085	89	
Westpreußen	14	7129	80	2	80	—	—	7146	60	40	30	1388	50	120	—	1675	80	591	50	—	—	357	33	973	17	2000	—	
Württemberg	28	44519	90	14	—	—	—	48361	85	516	25	8387	50	682	—	12711	60	7523	75	1550	—	2228	09	4762	66	10000	—	

Anmerkung: Die Rückzahlungen sind den ordentlichen Beiträgen, Ausgaben für Rechtschutz und die sonstigen Ausgaben in den Gauen den Verwaltungskosten hinzugerechnet. — Gesamtzahl der steuernden Mitglieder: 66825.

Bewegungstatistik des Verbandes der Deutschen Buchdrucker im 1. Quartale 1912.

Gau:	Eingang der Abrechnung	Mitglieder nach Ende des 4. Qtr. 1911	Per eingetreten	Wieder eingetreten	Summ Beitrag gültig	Bürgerrecht	Som Mitgl.	Wegerecht	Summ Mitgl.	Weggetreten	Aus- geschloss.	Som Beitrag ab	Jugendl.	Wegfallen	Konditionslos am Orte		Wegfallend Erwerbsunfähige		
															Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Bayern	14./5.	4908	53	11	5	144	3	202	1	7	15	6	3	9	616	16798	588	13369	
Berlin	13./6.	11802	64	52	1	188	3	160	6	4	55	12	20	22	2107	61152	1592	43540	
Dresden	17./6.	2925	17	14	—	99	1	90	—	3	9	—	2	8	249	5103	184	4854	
Elfaß-Lothringen	10./6.	1141	9	2	—	45	1	55	—	3	2	1	—	2	79	2308	149	3498	
Erzgebirge-Bohland	29./4.	1520	7	9	1	108	—	106	—	1	6	2	1	2	122	2464	113	2360	
Frankfurt-Oessen	18./6.	2877	32	21	—	152	2	113	—	5	10	5	2	3	2046	3857	312	7160	
Hamburg-Altona	26./4.	2493	2	2	3	108	2	64	2	3	2	8	2	3	340	5506	258	4424	
Hannover	8./6.	2698	14	11	—	161	—	171	—	3	5	1	1	1	2702	223	3420	4904	
Leipzig	8./6.	5500	16	7	3	158	1	135	—	4	6	8	2	6	5524	724	17808	497	14231
Mecklenburg-Vübed	20./5.	619	3	1	—	43	—	51	1	2	—	—	—	3	609	51	1031	65	1177
Mittelrhein	23./5.	2988	29	12	2	326	1	326	2	18	13	4	3	5	2987	258	5423	297	6916
Nordwest.	3./6.	1217	11	3	1	143	1	138	—	2	2	4	—	3	1236	90	1381	128	2356
Oberhein	5./6.	1394	6	1	—	84	—	100	—	3	3	—	1	3	1375	124	2812	165	3779
Oder	14./6.	2101	34	20	—	309	—	292	4	2	5	2	3	2	2154	208	3743	251	4331
Ostpreußen	6./6.	2220	7	6	2	127	1	159	1	2	5	4	1	3	2188	210	4614	230	4403
Posen	1./6.	699	17	4	1	21	—	23	—	1	4	—	2	2	710	33	517	89	1740
Rheinland-Westfalen	18./6.	477	8	2	—	34	—	35	—	—	5	1	1	—	479	29	416	64	1681
Vn der Saale	14./6.	7528	71	38	9	342	5	349	1	27	44	17	3	10	7542	661	11800	884	17410
Schlesien	21./5.	3013	19	12	4	170	2	221	1	4	5	2	—	3	2984	419	6458	295	6001
Schleswig-Holstein	5./6.	2497	35	10	1	273	2	303	1	4	2	9	1	7	2491	278	5372	248	5297
Westpreußen	20./5.	951	8	8	—	81	1	67	—	—	1	3	1	3	974	72	1007	96	1510
Württemberg	21./6.	525	15	4	—	26	1	29	—	—	1	2	—	—	539	55	1306	61	1197
Summa	10./5.	3380	24	5	6	119	7	114	4	5	4	5	6	4	3909	276	6447	399	9562

* Die Bewegungstatistik der sich auf der Reise befindlichen (hier nicht einbezogenen) Mitglieder siehe „Korr.“ Nr. 29, 41 und 52 von 1912. — Am Schlusse des 1. Quartals 1912 verblieben auf der Reise 108 Mitglieder, der Gesamtmitgliedenstand betrug demnach am 31. März 1912: 65 181.

Auszug aus den Protokollen der Vorstandssitzungen im ersten Quartale 1912.
1. § 2-Unterstützung. Für 4 Mitglieder im Gau Bayern, 22 Mitglieder im Gau Berlin, 5 Mitglieder im Gau Dresden, 4 Mitglieder im Gau Elfaß-Lothringen, 3 Mitglieder im Gau Hannover, 5 Mitglieder im Gau Leipzig, 8 Mitglieder im Gau Mittelrhein, 2 Mitglieder im Gau Ostpreußen, 2 Mitglieder im Gau Vn der Saale, 2 Mitglieder im Gau Schleswig-Holstein (zusammen 57 Mitglieder), welche infolge Tarifdifferenzen oder wegen ihrer Verbandsangehörigkeit die Konditionen verloren, bewilligte der Vorstand die Unterstützung nach

